

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Stadt-Berlin 2,50 M., bei fernem Postbezirk ohne Postgebühr monatlich 7 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Postzeitungsvertrages für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsort: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Verlagspreis: 10 Pfennig. Druck: K. H. Schönbach 2895 und 2896.

Die „Freiheit“ ist abgesetzt. Temporelle oder deren Name 75 Pf. „Kleine Ausgabe“ des Freitaglichen Wort 40 Pf. jedes weitere Wort 20 Pf. Leerrungsbeitrag 50 Pf. Bei Familien- und Vereinsabonnements gilt der Zuschlag fort. Inverate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19. Verlagspreis: 10 Pfennig. Druck: K. H. Schönbach 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 13. Februar 1919

Nummer 78

Begegnung den Grenzschutz.

Die Soldaten erwachen.

Der Feldzug gegen die Polen ist in vollem Gange. Man merkt, daß die Oberste Heeresleitung unter der Führung von Hindenburg die Regie wieder in der Hand hat. Lange „Kriegsberichte“, unzählige Grenznachrichten, Einzelheiten über unbedeutende Zusammenstöße usw. zeugen von einer emsigen Tätigkeit. Alles dies soll den Eindrud erwecken, als ob dem Militarismus wieder eine große Aufgabe gestellt sei, bei der die Mitwirkung des arbeitstüchtigen Offizierskorps dringend erforderlich ist. Ja, selbst die bürgerlichen Kriegsberichtersteller, hinlänglich berichtigt aus vergangenen Zeiten, haben sich wieder eingestellt. So wäre also alles gut vorbereitet, um den großen Feldzug gegen die Polen zu beginnen. Aber man scheint doch die Rechnung ohne diejenigen gemacht zu haben, die in erster Linie dabei sein müssen. Nachdem bereits seit einiger Zeit die und da Nachrichten aufkamen, daß die als Soldaten gemobnen Soldaten das Nordhandwerk häufig nach kurzer Zeit wieder aufgeben und nach Hause zurückkehren, berichtet jetzt der Sonderberichtersteller des „Berliner Tageblatts“ folgende sehr anziehende Einzelheiten aus der „so hoffnungsvoll begonnenen deutschen Offensive bei Bromberg“:

„Die vor einigen Tagen so hoffnungsvoll begonnene deutsche Offensive bei Bromberg mußte wegen innerpolitischer Streitigkeiten bei den Kampftruppen plötzlich abgebrochen werden. Die deutschen Truppen hatten sich südlich der Bahnlinie Bromberg-Schneidemühl eine brüderliche Stellung in der Linie Schneidewitz-Neulirchen-Samokentz geschaffen und waren dann erfolgreich auf Erin und Schubin vorgestoßen. Da traten politische Streitigkeiten hindernd in den Weg. Der Bromberger Soldatenrat hatte den Kriegsministererlach über die Kommandogewalt nicht anerkannt, die Truppen jedoch erkannten den Erlach an, brachen die Gefechtsfähigkeit ab und wählten einen neuen Soldatenrat. Infolge dieser Ereignisse in der vordersten Linie mußte die Offensive abgebrochen werden.“

Es ist zwar aus diesem Bericht nicht deutlich zu erkennen, was den eigentlichen Streitpunkt zwischen dem Bromberger Soldatenrat und den Truppen gebildet hat. Immerhin geht aus ihm deutlich hervor, daß die Zeit endgültig vorbei ist, in der sich die Soldaten als willenlose Kreaturen ihrer Vorgesetzten die Knochen entzwei schmeißen lassen, und daß es verfrüht ist, zu glauben, daß die Wiederherstellung alter Zustände die einmütige Zustimmung der Soldaten finde.

Straßenkämpfe in Breslau.

In Breslau ist es gestern nachmittags zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Im Anschluß an eine im Sirkus Busch stattgefundene Arbeitlosenversammlung zog ein Trupp von 500 bis 600 Mann vor das Untersuchungsgefängnis in der Graupenstrasse. Dort hatte man zwei Arbeiter eingesperrt, weil sie auf offener Straße gegen den Eintritt in die Grenzschutztruppen Stimmung gemacht hätten. Eine Abordnung begab sich in das Gebäude, um über die Freilassung dieser beiden Gefangenen zu verhandeln. Währenddessen soll, wie die T.N. meldet, die Menge in das Gebäude eindringen sein und verlust haben, die Befreiung mit Gewalt durchzuführen. Die Sicherheitsmannschaften eröffneten daraufhin auf die Arbeitlosen mit Gewehren und Maschinengewehren das Feuer. Schon bis zwölf Personen sind dabei getötet, mehrere verwundet worden.

Ein Telegrammwechsel.

Der Zentralrat des VII. Armeekorps in München ist, wie wir bereits berichteten, vom dortigen Generalkommando aufgelöst, seine Mitglieder sind verhaftet. Dieser Auflösung ging ein Telegrammwechsel voraus, der die ganze Angelegenheit in das richtige Licht setzt.

„Aus wird gemeldet, daß Soldatenrat Anweisung für C.S. 4- und verliedert und Freiwilligenkorps auflösen will. Das wäre einimmst: Landesverrat und würde unerschütterlich gehalten werden.“ Reichsregierung Rost.

Darauf antwortete der Zentralrat des VII. Armeekorps:

„Wir haben wiederholt festgestellt, daß die Freiwilligenkorps nicht zum Ostschuß, dagegen zur Bekämpfung der Klassenbewußten Arbeiterschaft benutzt wurden. Als Sozialdemokraten haben wir die Pflicht, bewußt konterrevolutionäre Truppenbildungen zu verhindern. Hier böse Erfahrungen mit Freiwilligen. Wann kommt die Volkswehr? Landesverrat verübt nur der, der konterrevolutionäre Bestrebungen unterstützt.“

Nichts kann deutlicher als dieser Telegrammwechsel zeigen, auf welcher Seite Wahrheit und Recht waren. Aber Koske fragt nicht nach Wahrheit und Recht — für ihn spielt nur die Gewalt. Der Soldatenrat hat durchaus Recht: Koske verübt Landesverrat.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Berlin, 12. Februar. Das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt zu dem in der „Noten-Röhne“ gestern erschienenen Artikel „Der Nord an Liebknecht und Luxemburg“ und „Die Tat und die Täter“ folgendes mit: Es ist nicht üblich, während eines schwebenden Untersuchungsverfahrens den Akteninhalt zu veröffentlichen. Wenn dies in der „Noten-Röhne“ geschieht, ist es, wie wir wiederholen, auch auf einen Vertrauensbruch zurückzuführen. Im übrigen bringt der Artikel, soweit es sich um feststehende Tatsachen handelt, keineswegs neue Enthüllungen, sondern nur das bisherige Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung und außerdem einige bisher gänzlich unbewiesene Behauptungen. Das Verbrechen gegen die vier Offiziere, welche Liebknecht begleiteten und auf ihn geschossen haben, ist seitens der Justiz eingeleitet worden, ebenso gegen den Oberleutnant Vogel im Kasse Rosa Luxemburg, das demnächst nach Ermittlung der Täterhaft des Kuforen Runge auf diesen unter der Befehlshandlung des verstorbenen Nordes und der schweren Körperverletzung ausgedehnt werden wird. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang. Daß das Gericht nichts zur Klärung der Vorgänge untersucht läßt, geht daraus hervor, daß der Untersuchungsleiter vor einigen Tagen in einer Besprechung den bis dahin verantwortlichen leitenden Redakteur Schroeder der „Noten-Röhne“ dringend gebeten hat, das angeblich vorhandene Material dem Gerichte zur amtlichen Bearbeitung vorzulegen oder die Gewährleute für die behaupteten angeblichen Tatsachen zu nennen oder die Gewährleute zur Meldung beim Gerichte zu veranlassen. Die Aufforderung des oben erwähnten Vertrauensbruchs ist dem Gerichte für die Feststellung des Sachverhaltes selbst völlig gleichgültig. Nachdem der Redakteur Schroeder hierzu nur ausweichende Antworten gegeben hat, ist sofort an die Redaktion selbst ein entsprechendes Ersuchen abgegangen. Eine Antwort hierauf ist aber noch nicht erfolgt.

In später Stunde geht uns auf die Darstellung der „Noten-Röhne“ der vorstehende klägliche Rechtfertigungsversuch der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu. Da angegeben wird, daß man die Enthüllungen der „Noten-Röhne“ bereits gekannt hat, so ist es umso skandalöser, daß man gegen die Mörder nichts unternommen hat, sondern erst „demnächst“ die Ermittlungen gegen den Mörder Rosa Luxemburgs ausdehnen wird. (Siehe Seite 2.)

Demonstrationen in München.

München, 12. Februar. (B. T. Z.) In der gestrigen Abendstunde des Münchener Arbeiterrates kam es bei der Debatte über einen Antrag des Mitgliedes der revolutionären Arbeiterräte Landauer (Unabhängiger) zu Sturmreden. Nachdem Landauer seinen Antrag, der für kommenden Sonntag eine große Demonstration der gesamten Münchener Arbeiterkraft für die Sicherung des Rätebaus verlangt, beantragt und die Mitglieder des revolutionären Arbeiterrates Nühm und Dr. Levin für den Antrag gesprochen hatten, ergriff der Präsident der bisherigen provisorischen Räteversammlung Abgeordneter Schmitt (Sozialdemokrat), das Wort und wandte sich gegen den Spartakismus. Im Verlauf seiner Rede kam es zu derart stürmischen Unterbrechungen, daß der Redner nicht weiter sprechen konnte, worauf er und ein großer Teil der gemeinschaftlich organisierten Arbeiterkräfte demonstrativ den Saal verließen.

Nach einer weiteren Debatte wurde der Antrag Landauer mit 121 gegen zwei Stimmen angenommen. Landauer, Nühm und Dr. Levin appellierten am Schluß der Versammlung noch dringend an die Arbeiter und Soldaten, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren.

Nationalistische Unverschämtheit.

Die rechtssozialistische Presse verfällt immer mehr in die nationalstische Tonart zurück, die sie während des Krieges gegen die Vertreter des sozialistischen und internationalen Gedankens ange schlagen hat. Das Neueste ist eine freche Behauptung, die sie gegen Kautsky und Eisner wegen deren Haltung auf der Internationalen Konferenz betreibt. Beide haben dort die schwere Schuld, die die deutsche Regierung an dem Ausbruch des Krieges trägt, rücksichtslos dargestellt, ebenso auch die Schuld, die die rechtssozialistische Politik am der Verlängerung des Krieges, an der Unterstützung der Regierung, an der nationalstischen Verheugung trifft. Sie haben mit vollem Recht erklärt, daß diese Leute, die nicht den Mut gefunden haben, gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litovsk und Bukarest zu protestieren, die öffentlich nie ein Wort gegen die Schandtat der deutschen Kriegsführung gefunden haben, jedes moralische Recht verweigern haben, von der Entente einen Frieden der Demokratie zu fordern. Das können nicht die Nationalisten, das können nur die Internationalen Unabhängigen.

Recht erdreht sich ein Mensch wie der Heilmann, der die nationalstische Verheugung betrieben hat wie nur irgendein Reventlow, über Kautsky und Eisner herzufallen und sie zu beschimpfen, weil sie die Wahrheit sagen. Und der „Vorwärts“, der unaufhörlich nach dem Sieg geschrien und die Revolution bekämpft hat, fällt über Eisner her, der gesagt hat, daß die Leute, die nie den Mut gefunden haben, die deutschen Kriegsverbrechen öffentlich anzuklagen, die mitgeschossen haben, jede Diskussion im Reichstag möglichst zu verhindern, kein Recht haben, über die Behandlung der Gefangenen jetzt Entrüstung zu präzisieren.

Die rechtssozialistischen Journalisten, die nach dem 9. November etwas kleinlaut waren, wittern eben den Konjunkturmensch: die ganze Politik der Regierung hat ja nur zur Neustiftung des Militarismus, so zur Wiederbelebung des Nationalismus geführt.

Aber wir möchten die Herren doch zur Vorsicht mahnen. In Bern haben die rechtssozialistischen Vertreter so etwas wie ein Schulbekenntnis abgelegt. Die Internationalen hat ihnen geglaubt. Nur unter dieser Voraussetzung hat sie die Rechtssozialisten in die Internationale zugelassen. Wir wissen, daß diese Erklärung gar keinen Wert hat, daß die Rechtssozialisten damit nur vermeiden wollen, daß sie von der ganzen Internationale gebrandmarkt werden. Aber so plump sollten die Journalisten die Doppelzüngigkeit ihrer Leute denn doch nicht ausdehnen. Und noch eins: Wenn davon gesprochen wird, wer die deutsche Sache vor dem Ausland schädigt, so muß doch gesagt werden, daß die rechtssozialistischen Führer das sehr still sein sollten. Sie waren es, die es verhindert haben, daß die kompromittierten Personen aus dem Vordergrund verdrängen. Sie sind es, die daran denken, daß Herr Scheidemann, der im ganzen Ausland verachtete und verhaßte Kaisersozialist, als Führer der Friedensverhandlungen in Aussicht genommen ist. Sie sind es, die Herrn Dr. David, der stets die Verharmlosungspolitik in allen Stücken gedeckt und unterstützt hat, ins auswärtige Amt gerufen und jetzt wieder in den Vordergrund geschoben haben. In ihrer Regierung sitzt Herr Koske, der nationalstische Heber der „Chamissoer Volksstimme“, der Verteidiger des U-Boot-Krieges, der Wieder-aufrichter des Militarismus.

Wenn die Entente an die Selbständerung des deutschen Volkes nicht glaubt, wenn die Vertreter eines gemäßigten Friedens in Paris unterliegen sollten, dann ist es die Schuld der Mehrheitssozialisten, die gerade ihre kompromittierten Männer in den Vordergrund stellen aus persönlichen Gründen, aus Prestigerücksichten und auch deshalb, weil ihnen jede Kenntnis des Auslandes fehlt und sie meinen, keine Rücksicht nehmen zu brauchen.

Aus der Sitzung des Volksgesamts.

Der Volksgesamt hielt am 12. Februar eine Sitzung ab, in welcher er sich mit der Tätigkeit der Arbeiterräte in den Betrieben, die von den Unternehmern stillgelegt worden sind, beschäftigte. Es steht zweifellos fest, daß in den verschiedenen Betrieben nicht der Kohlen- resp. Materialmangel Ursache des Stilllegens ist, sondern das Bestreben der Unternehmer, eine sichere Konjunktur abzuwarten. Es ist zu befürchten, daß die Stilllegung der Betriebe zur Verschiebung von Rohstoffen benutzt wird. Aus diesem Grunde empfiehlt der Volksgesamt den Arbeiterräten, die Kontrolle in solchen Betrieben nach wie vor aufrecht zu erhalten.

Um den Ursachen des Rückgangs des Wirtschaftens nachzugehen, und die notwendigen Feststellungen zu machen, inmitten hier ein Verschulden der Arbeitgeber trifft, wird in den nächsten Tagen ein Fragebogen an die Arbeiterräte herausgegeben, und die genaue Beantwortung aller Fragen gewünscht.

Die wiederholt gerügte ungerechte Papierverteilung gegenüber der „Neuen Bohne“, der „Freiheit“ und „Republik“ war ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Eine Kommission wurde beauftragt, beim Reichswirtschaftsamt dahin zu wirken, daß den berechtigten Wünschen dieser Zeitungen Rechnung getragen wird.

Die wiederholten geschwindigen Verhaftungen wurden ebenfalls einstimmig, einschließlich der Demokraten, verurteilt. Es wird ganz energisch darauf hingewiesen, daß in allererster Linie die persönliche Freiheit eines jeden Staatsbürgers gewährleistet werden muß. Ganz besonders wurde hervorgehoben, daß durch willkürliche Verhaftungen die unbedingt notwendige Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter nicht gefördert werden kann.

Festgestellt wurde, daß das Korps Rätisch sich andauernd über die gesetzlichen Vorschriften hinwegsetzt und Tag und Nacht Freiheitsberaubungen vornimmt. Es sollen dagegen energische Schritte unternommen werden.

Zwei Stimmungsbilder.

Es ist bekannt, daß der den Grenzschutztruppen der alte militärische Geist wieder in voller Mähe steht. Die Offiziere haben über die ihnen unterstellten Mannschaften uneingeschränkte Gewalt, die Soldaten sind gegenüber dem Treiben der Herren völlig machtlos. Mancher, der sich freiwillig gemeldet hatte, in dem Glauben, für etwas Gutes zu wirken, sieht sich betrogen. Er kehrt den Schutzgardien der Reaktion flehentlich den Rücken und nimmt in der Heimat lieber das Elend der Arbeitslosigkeit auf sich, als daß er seine Kraft für eine verwerfliche Sache einsetzt. Als Beispiel dafür, welcher Geist bei den Freiwilligenkorps herrscht, führen wir zwei Zuschriften an, die uns, von mehreren Soldaten unterschrieben, zugegangen sind.

Bei der Abteilung Petersdorf sagte der Leutnant Sprengel den Unteroffizieren, wenn die Leute nicht parieren wollen, sollten sie dieselben an den Ohren hochziehen. Der Offiziersstellvertreter Schröder wollte die Leute mit der Keilpeitsche schlagen, weil sie, um dem Dreck zu entgehen, ohne Kündigung nach Hause wollten. Der Adjutant, Leutnant de Beaulieu, ließ den Leuten die schwarz-weiß-rote Kaskade abwaschen, weil sie nicht wert seien, diese zu tragen. Die Bedingungen, unter denen die Einstellung erfolgte, wurden nicht eingehalten. Kameraden, die ihre Entlassung erhielten, bekamen für die letzten Tage keine Zulage mehr und für die Zeit der Heimreise keine Verpflegung. Soldatenräte gibt es nicht. Auch die Vertrauensleute, die den Grenzschutztruppen zugeordnet worden waren, wurden abgesetzt.

Die Requisitionen bei der Zivilbevölkerung stoßen in den Ostprovinzen wieder in voller Mähe. Man arbeitet nach demselben Rezept, wie unter der kaiserlichen Regierung. Die Reichen werden geschont, den Armen nimmt man das Letzte weg. Als Beispiel diene folgender Vorfall: Mannschaften der 2. Kompanie (Hst. Petersdorf) gingen mit dem Futlermeister der Dulscha requirieren. Sie kamen auf ein großes Gut, dessen Besitzer etwa 60 Hammel, 14 Kühe, 2 Ochsen, 4 fetter Schweine, mehrere Hühner und vieles Mehl besaß. Bei dem Bauer wohnte ein Offizier, der den Soldaten erklärte, das Vieh sei bereits mit Beschlag belegt. Er bewies die Soldaten auf die Knechte des Herrn, die mit ihren Familien auf dem Gute wohnten und befahl, diesen das Vieh wegzunehmen. Jede Familie hatte oder nur ein Schwein. Die Leute hatten es unter großer Mühe gefüttert, da sie sich die Kartoffeln dazu kaufen mußten, weil die Deutschen auf ihrem Rückzug den Leuten sämtliche Kartoffeln ausgehuddelt hatten.

Die Soldaten wurden von den Leuten auf den Knien gebeten, ihnen doch ihr Vieh und Gut zu lassen. Es nährte nichts, ihr Vieh wurde weggeschleppt. Der Offizier hatte die zur Requisition befohlenen Mannschaften absichtlich irreführend. Bei dem Gutbesitzer war noch nichts requiriert worden. Aber der Herr hatte von seinem Quartiergeber viel Gutes. Gerade als die Soldaten weg waren, bekam er von dem Besitzer ein größeres Quantum Butter und Eier, das jedenfalls in einer Sammelkiste den Weg in die Heimat antrat.

Obige Angaben wurden dem Soldatenrat eines hiesigen Regiments gemacht. Die Soldaten sind bereit, ihre Aussagen zu bekräftigen.

Radel verhaftet.

Karl Radel ist von der Berliner Kriminalpolizei entbedt und verhaftet worden.

Die Flottenvorlage vom amerikanischen Senat angenommen.

Washington, 12. Februar. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus billigte mit 194 gegen 149 Stimmen das Flottenprogramm für drei Jahre und nahm die gesamte Flottenvorlage an.

Die soziale Güter in England.

Amsterdam, 12. Februar. Einem hiesigen Blatt zufolge hat die Arbeiterfraktion des englischen Unterhauses in einer noch bevorstehenden der geistlichen Debatte abgehaltenen Sitzung beschlossen, ein Amendement einzubringen, in dem das Bedauern ausgesprochen wird, daß in der Thronrede keine ergiebigen Vorschläge für die Aufbesserung der Arbeit und der Arbeitslosen, die die Ursache der augenblicklichen Unzufriedenheit unter den Arbeitern seien, gemacht werden. Die Anhänger Asquiths haben die Absicht, ein Amendement einzubringen, in dem die Abschaffung der Zuschuldung gefordert wird.

Politische Nachrichten.

Kein Bürgerkrieg in Danzig. Der Bürgerkrieg ist nach einer Volks-Rede in letzter Stunde durch Einlenken des Volksgesamts vermieden worden. In einer Sitzung des Volksgesamts wurden mit den E. und S. Räten und den Betriebsbeiräten wurde beschlossen, die frühlings Angelegenheit noch einmal der Reichsregierung zu unterbreiten und ihre die Entscheidung zu überlassen. Die Versammlung nahm aber einen Antrag an, den kommandierenden General des 17. Armekorps.

Die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs.

Die „Neue Bohne“ veröffentlicht folgende sehr präzise Angaben über die näheren Umstände, unter denen Liebknecht und Rosa Luxemburg ums Leben gebracht wurden:

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind am Abend des 15. Januar 1919 in das Edenhotel beim Stabe der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eingeliefert worden. Sie waren von der Wilmersdorfer Bürgerwehr unter Führung zweier Mitglieder, Lindner und Mehring, festgenommen worden.

Die Festnahme war ein Rechtsbruch. Es bestand kein Haftbefehl.

Selbst wenn sie verhaftet wurden, mußten sie nach den gesetzlichen Vorschriften der Polizei übergeben werden.

Es war ein Rechtsbruch und eine strafbare Freiheitsberaubung, wenn die Verhafteten nach dem Stabsquartier der Division gebracht wurden. Sie hatten auf dem Stabsquartier nichts zu suchen und das Stabsquartier kein Recht, sich mit ihnen zu befassen.

Was hat die Wilmersdorfer Bürgerwehr, was die Lindner und Mehring veranlaßt, die Verhafteten nach dem Stabsquartier zu bringen?

Es besteht der bringende Verdacht, daß die Mehring und Lindner Mitglieder des Nordplans gewesen sind.

Sind sie es nicht gewesen, hat das Stabsquartier sie veranlaßt, die Inhaftierten dorthin zu bringen, so ist das ein Beweis dafür, daß von Anfang an der Divisionsstab die Absicht hatte, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in die Hand zu bekommen, um sie, wie das Spätere zeigt, zu ermorden.

Karl Liebknecht ist am selben Abend gegen 9 Uhr, Rosa Luxemburg etwa eine halbe Stunde später im Edenhotel, dem Sitz des Stabes, eingeliefert worden.

Rosa Luxemburg ist bereits beim Eintritt ins Hotel beschimpft worden. Ein Hauptmann Hoffmann hat sich besonders hervor dabei. Er war es, der zuerst die geplante Tat ankündigte. Er erklärte in der Halle des Hotels: „Den beiden wird heute Abend das Maul geklopft.“

Karl Liebknecht wurde gegen 11 Uhr vom Hotel weggebracht. Er sollte, wie man erklärte, nach Moabit gebracht werden. Er wurde begleitet von dem Kapitanleutnant Gortz von Pflug-Hartung, dem Leutnant Stiege, dem Leutnant Riepmann, dem Leutnant v. Ritgen, dem Leutnant G. Schulze, dem Leutnant Heinz von Pflug-Hartung (einem Bruder des Kapitanleutnants) und dem Jäger zu Pferd Clemens Friedrich.

Die sämtlichen waren schwer bewaffnet, trugen Handgranaten und entzündete Pistolen, die Liebknecht gezeigt wurden.

Zu derselben Zeit standen als Doppelposten vor dem Hotel die Jäger zu Pferde Runge und Träger. Gegenüber dem Hotel hielt ein Automobil, dessen Fahrer ein Chauffeur namens Göttinger war, nebst einem Beifahrer.

Diese vier haben die Ausführung des Nordplanes besprochen. Sie besprachen, die zwei dürften nicht lebendig aus dem Hotel. Sie besprachen, man dürfe sie nicht erschließen, das mache zuviel Lärm. Sie besprachen, man müsse sie mit dem Kolben erledigen. Sie besprachen, man müsse das Gewehr entladen, damit beim Zuschlagen kein Schuß losgeht.

Es haben den Nordplan ins Einzelne festgelegt. Bis auf Runge hat das Veriät noch gegen keinen eine Hand gerührt.

Karl Liebknecht kam aus dem Hotel. Er wurde nicht durch den Haupteingang am Kurfürstendamm geführt, sondern durch einen Nebeneingang in der Kurfürstendammstraße.

Runge ließ am das Hotel herum und schlug den bereits im Auto sitzenden Liebknecht zweimal von hinten mit dem Kolben auf den Kopf. Liebknecht sank halb bewußtlos zusammen. Auf der Straße war kein Mensch, nur ein paar Soldaten. Die Offiziere ständen und sahen um Liebknecht herum. Sie mußten die Schläge bemerken, sie haben sie bemerkt. Keiner hat nach dem ersten Schlag den zweiten zu verhindern versucht, keiner hat den Mörder gewehrt, keiner auch nur ein Wort der Mahnung an ihn gerichtet.

Das Auto fuhr weg. Es fuhr nicht den Weg nach Moabit. Es fuhr am Neuen See entlang in der Richtung nach der Charlottenburger Chaussee.

Wir behaupten, daß vom ersten Augenblick an die Absicht bei den transportierenden Offizieren bestand, Liebknecht zu ermorden und wir folgern das aus diesen Tatsachen:

1. Sie ließen das Automobil ohne wichtigen Grund diesen nahezu unbelichteten Umweg fahren.
2. Sie haben die Lüge erfunden, daß das Automobil unterwegs eine Panne erlitten habe. Daß das eine Lüge ist, ergibt sich daraus, daß das Automobil sofort nach der Erschießung Liebknechts wieder gabrausfuhr.
3. Diese erlogene Panne trat ein genau in dem Augenblick, in dem das Automobil sich an einem völlig unbelichteten Nebenweg befand, also gerade an dem Punkt, den die Mörder für ihre Tat brauchten.
4. Sie haben die Lüge erfunden, Liebknecht habe einen Fluchtversuch gemacht. Daß dieser Fluchtversuch erlogen ist, ergibt sich daraus:
a) daß Liebknecht nach dem ersten schweren Schlag auf den Kopf kaum mehr im Stande war zu gehen, er war so benommen, daß selbst die Mörder ihn trugen, ob er noch gehen könnte,
b) daß auch nur der Gedanke an die Flucht eine Unmöglichkeit war, in Anbetracht dessen, daß zwei Mann vor, zwei Mann neben, und drei Mann hinter Liebknecht gingen, schwer bewaffnet, mit entzündeten Pistolen und Handgranaten, wie Liebknecht wurde,
c) daß jeder, der Liebknecht kannte, wußte, daß er noch nie sich einem Prozeß entzogen und am nichts auf der Welt weniger dachte als an Flucht.
5. Sie haben nach der Tat Liebknechts „unbekannte Leiche“ bei der Rettungstation eingeliefert, sie haben also versucht, die Spuren der Tat zu verwischen.

Otto von Besow, und mehrere Offiziere seines Stabes abgesehen. Das „Einlenken“ scheint demnach doch mehr auf Seite der Bürger gemessen zu sein.

Arbeiten in Rumänien? Die bürgerliche Presse meldet aus Bukarest, daß sich in ganz Rumänien die Angelegen einer revolutionären Bewegung zeigen. Anlässlich einer Straßendemonstration in Bukarest schloß das Militär mit Maschinengewehren auf die Demonstranten. Es habe angeblich 60 Tote und 150 Verwundete gegeben. Ueber die Stadt wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Der, wie hiernach festgestellt, geplante Nord vollzog sich in der Weise, daß das Automobil an der genannten Stelle, von der ein völlig unbelichteter Fußweg abging, hielt, daß Liebknecht in diesen Fußweg hineingeführt und nach etwa zwanzig Schritt aus allernächster Nähe erschossen wurde. Den ersten Schuß gab der Kapitanleutnant von Pflug-Hartung ab.

Das ist der Vorgang des einen Nordes.

Dann sollte Rosa Luxemburg abtransportiert werden. Derselbe Soldat Runge, der soden den Nordversuch an Karl Liebknecht begangen, kehrte wieder auf seinen Posten zurück. Niemand wehrte ihm. Er stand bereit zum neuen Werk.

Rosa Luxemburg kam die Haupttreppe des Hotels herab und schritt durch den Haupteingang.

Dicht hinter ihr ging der Oberleutnant Vogel, der den Transport führen sollte.

Vor der Drehtür standen Runge und Träger.

Als sie durch die Drehtür schritt, drehte Runge das Gewehr um und schlug ihr auf den Kopf. Sie sank um. Runge schlug ein zweites Mal auf den Kopf. Von einem dritten Schlag sah er ab, weil er sie für tot hielt.

Der Oberleutnant Vogel muß die Schläge bemerkt haben. Denn sie wurden sogar im Innern des Hotels gehört.

Er hat nichts dagegen getan. Es war ihm gleichgültig, daß Runge das Geschäft des Nordes ihm abnahm. Denn Runge tat entsprach seinem, Vogels, Plan.

Man sah die Leiche in den Wagen, rechts und links ein Mann, darunter Vogel. Der Wagen fuhr an. Ein Mann sprang nach hinten auf und schlug die schon Leiche noch mit einem harten Gegenstand, etwa einer Pistole, auf den Kopf.

Der Oberleutnant Vogel hat unterweil der Leiche alsdann die Pistole gegen die Schläfe gehalten, ihr noch einmal eine Kugel in den Kopf gesetzt.

Man fuhr mit der Leiche zwischen Landwehrkanal und Zoologischen Garten entlang. Auf der Straße war kein Mensch. Nur am Ausgang des Zoologischen Gartens gegen den Landwehrkanal stand eine Gruppe Soldaten. Das Auto hielt, die Soldaten nahmen die Leiche in Empfang und wohnen sie sie gebracht haben, das war bis heute nicht zu ermitteln.

Es ist eine bezweifelte Lüge, wenn behauptet wird, die Leiche sei von der „Menge“ oder von „Anhängern“ aus dem Wagen gerissen worden. Das Auto fuhr ja einen Weg, auf dem selbst wenn ein solcher Plan bestanden hätte, es kein Mensch erwarten konnte, es sei denn solche, die dahin bestellt waren.

Es müssen die Leute, die dort waren, von denen, die den Nord planten, hinterstellt worden sein.

Rosa Luxemburg hatte, als sie leblos in das Automobil gesetzt wurde, einen Schuh verloren. Dieser Schuh wurde von Soldaten im Edenhotel als Trophäe herumgezogen.

Die Nordgesellschaft hat sich am Tage danach photographieren lassen. Der Haupttäter, Runge, ist im Mittelpunkt der Photographie.

Das sind festgestellte Tatsachen.

Wir fragen an:

Den Kapitanleutnant von Pflug-Hartung und seine Begleiter des Nordes an Karl Liebknecht.

Den Oberleutnant Vogel des Nordes an Rosa Luxemburg.

Die Jäger Runge, Träger, Göttinger des Nordversuches, Nordes und der Beihilf dazu.

Den Hauptmann Pabst der Begünstigung der Mörder: er hat bereits am selben Tage Kenntnis von dem Morde erhalten und pflichtwidrig die erforderlichen Maßnahmen unterlassen und so die Mörder begünstigt.

Den Hauptmann Petry der Anstiftung zum Morde: er hat die Mörder durch Aufforderungen wie: „Der Kerl lebt noch, schlagt den Hund tot“ angehetzt.

Den Hoteldirektor Ott vom Edenhotel der Begünstigung und der Verleitung zum Mord. Er hat am Tage nach dem Morde die von dem Dr. Grabowski, dem „Pressechef“ des Stabes geschriebene und ersundene Darstellung von dem Morde, deren Unwahrheit dem Ott bekannt war und bekannt sein mußte, dem Hotelpersonal vorgelesen zu dem Zweck, es von der Kunde der Wahrheit abzuhalten.

Das sind die Tatsachen, die jedes Kind wissen kann, wenn es sie wissen will, die seit Wochen bekannt sind und auch die auf dem Gericht bekannt sein müssen.

Es hat daraufhin nichts getan. Es hat keinen Haftbefehl erlassen, weder das Militärgericht, noch die Staatsanwaltschaft.

Richts ist geschehen:

Gegen Runge hat man Haftbefehl erlassen, als Runge in Sicherheit war. Man hat ihn schon, sofort nach dem Morde, „verschoben“, indem man ihn schon von seinem Regiment zum Infanterieregiment Nr. 8 versetzte. Nun ist er wohl „unauffindbar“.

Wir haben von Anfang an die Einsetzung einer unparteiischen, mit allen Vollmachten ausgestatteten Untersuchungskommission gefordert. Vergebens! Unsere Forderung scheiterte am Widerstand der Regierung, insbesondere an dem des Herrn Landsberg. Man wollte die Wahrheit nicht finden, weil man die Täter schonen mußte. Seit einem Monat „untersucht“ das Kriegsgericht der G.-K.-Schützen-Division. Die Division hat sich eine eigene Presseabteilung eingerichtet, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Aber das alles kann nichts nützen. Nur wurde zur Schuld der Ermordung noch die neue der absichtlichen Vertuschung des Tatbestandes hinzugefügt, der sich die Regierung des Herrn Landsberg mit-schuldig gemacht hat. Jetzt wissen die Herren, daß der wirkliche Vorgang doch an den Tag gekommen ist. Jetzt verlangt sogar der „Vorwärts“ strenge Untersuchung. Nun werden sie dazu gezwungen sein, was von allem Anfang ihre Pflicht gewesen wäre. Von der Anklage, die schuldigen Mörder beschuldigt zu haben, wird die Regierung des Herrn Landsberg sich nicht weigern können.

Gewerkschaftliches.

Der Streik in den Waren- und Geschäftshäusern.

Militär gegen Streikposten.

Der Streik der gewerblichen Handelsarbeiter in den Waren- und Geschäftshäusern, worüber wir im gestrigen Wendblatt berichtet haben, hat im Laufe des gestrigen Tages weitere Kreise gezogen. Die Unternehmer haben bekanntlich den Streik dadurch hervorgerufen, daß sie den Schiedspruch des Einigungsamtes ablehnten, der für etwaigere Arbeiter einen Anfangslohn von 65 Mark und einen Höchstlohn von 75 Mark vorsieht. Dieses brüde Verhalten der Unternehmer hat nun auch die kaufmännischen Angestellten auf den Plan gerufen. Sie beschloßen einstimmig, zugunsten der Handelsarbeiter in den Solidarisitätsstreik einzutreten. Infolgedessen blieben am gestrigen Tage alle Waren- und größeren Geschäftshäuser geschlossen. Am Mittag versammelten sich die kaufmännischen Angestellten im Zirkus Busch. Der Andrang war so stark, daß eine zweite Versammlung veranstaltet werden mußte; diese fand vor der Nationalgalerie statt. In beiden Versammlungen herrschte ein harter, kämpferischer Geist. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammelten erklärten, so lange im Solidarisitätsstreik zu verharren, bis die beschiedenen Forderungen der Handelsarbeiter bewilligt seien. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, als die einzige in Betracht kommende gewerkschaftliche Organisation der kaufmännischen Angestellten, wurde aufgestellt. Den Streik anzuerkennen und seine Führung zu übernehmen.

Falls die Unternehmer nicht nachgeben sollten, dürften die aus Sympathie für die Handelsarbeiter in den Ausstand getretenen kaufmännischen Angestellten auch ihrerseits Forderungen erheben.

Wie das Wolffsche Telegraphenbureau berichtet, ist die Leipziger Straße, wo bei den Firmen Cords, Emma Bette, Sud u. Bachmann, Kersten u. Tuteur, Wertheim und Tich gestreift wird, mit Militär besetzt worden, um angeblich „die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten“. In Wahrheit ist die Ruhe und Ordnung keine Minute gekört worden. Die Heranziehung des Militärs soll also lediglich dazu dienen, den Arbeitern und Angestellten das, ihnen selbst unter dem alten Regiment gewährte, Koalitionsrecht illusorisch zu machen, und dieses unter einer „sozialistischen Regierung“.

Der Streik in den Groß-Berliner Versicherungsbetrieben.

Nachdem am Dienstag in einer Versammlung der Angestellten in der Börse der Streik für Mittwoch früh beschlossen worden ist, sind nunmehr die Versicherungsangestellten Groß-Berlins in den Ausstand getreten. Es handelt sich darum, bis zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Unternehmerverband und den in Frage kommenden forstlichen Angestelltenorganisationen ein Gehaltsprovisorium zu schaffen. Nachdem die Verhandlungen infolge des geringen Entgegenkommens der Unternehmer zu keinem Resultat geführt haben, sind die Angestellten nunmehr gezwungen gewesen, in den Streik zu treten. Die geringen Gehälter der Versicherungsangestellten sind hinreichend bekannt, und haben einzelne Gesellschaften die Forderungen als berechtigt anerkannt. Soweit sich bis zur Stunde übersehen läßt, ist der Streik allgemein. Die Angestellten der Subdirektion versammelten sich Donnerstag, 10 Uhr vormittags in den Sophienböden, die der Großbetrieb betriebsweise.

Ein reaktionärer Vorstoß der Rassehausbesitzer.

Nachdem im Januar durch Entscheidung des Einigungsamtes im Rassehausgewerbe der achtstündige Arbeitstag und die Abschaffung des Trinkgeldumwelts eingeführt worden ist, haben jetzt schon die Unternehmer den Zeitpunkt für gekommen, diese wahrhaft kulturellen Errungenschaften wieder rückgängig zu machen. Sie haben den Vertrag zum 10. Mai 1919 genehmigt, mit der Notizierung, daß die Kellner weiter Trinkgeld nehmen und das Verhältnis zu den Gästen immer unheilbarer geworden ist. In einer hart beschriebenen Versammlung nahmen gestern vormittags im Lehrereinshaus die Rassehausbesitzer an dieser Herausforderung Stellung. Einleitend gab der Sektionsleiter Goerke zu, daß hier und dort mal ein Kellner sich in der anschließenden Weise verhalten haben mag, aber man dürfe nicht verkennen, daß das alte fest eingewurzelte System des Trinkgeldnehmens nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sei. Der tiefere Grund der Vertragsänderung ist wohl denn auch mehr in dem achtstündigen Arbeitstag, als in dem Wunsch, den Gästen ein besseres Verhältnis zu schaffen. Auch die politischen Verhältnisse werden dazu beigetragen haben, den Unternehmern wieder Mut zu machen. Auf die Frage, ob wir — nachdem lässlich aus dem Auslande Anfragen ergeben über die Abschaffung des Trinkgeldes, und die ganze Welt in den Berliner Rassehellen Vorwürfen für eine große Sache ist — zu dem alten System zurückkehren wollen, löste dem Redner ein lautes „Niemand!“ entgegen. Gärten hier auch in England das Ultimatum ab, das die Kellner den Unternehmern gestellt haben und das dieselben Forderungen enthält, die hier im Januar bündig gedrückt wurden. Es dürfte also kein Zurückweichen mehr geben, wenn man sich nicht vor der ganzen Welt bloßstellen will. — In der Diskussion wurde an Beispielen gezeigt, wie blöde schon die Galetiers mit den raffinierten Mitteln gearbeitet haben, um die Vorteile, die der Tarif den Angestellten gebracht hat, wieder rückgängig zu machen. — Es ist sogar vorgebracht, das Hilfspersonal für den Verband der Kellner und Konditionen zu gewinnen, da dieser sich noch nicht dazu anstellen konnte, die Abschaffung des Trinkgeldes zu fordern und in seinen Lohnforderungen bei weitem hinter denen des Gastwirtschaftsverbandes zurückbleibt. Bei allen Rednern kam der entschlossene Wille zum Ausdruck, bei den bevorstehenden Kämpfen eine entschiedene Lohnforderung durchzusetzen. In den Preisverhandlungen der Rassehausbesitzer, die bis zu 500 Prozent betragen sollen, steht die Lohnforderung in gar keinem Verhältnis. Der Besitzer des Bessel-Cafés z. B. in gar keinem Verhältnis, trotz des üblichen Aufschlags auf die Waren noch vom Gast 10 Prozent mehr zu fordern für „Service“. Im die Sympathien des Publikums für die Kellner nicht leichtfertig zu verschleudern, soll allen Versuchen einzelner, noch Trinkgeld zu erheben, auf das energigste entgegengetreten werden, eventuell durch Ausschluß aus dem Verband. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige Versammlung der Sektion III, Caféangestellte, nimmt Kenntnis von der Änderung des Vertrages durch die Rassehausbesitzer. — Die Anwesenden protestieren durch die Entschiedenheit gegen die Begründung und erklären auf das allerentschiedenste, an dem System der festen Entlohnung und dem gesetzlichen Achtstundentag festzuhalten. Die Bestrebungen einzelner Unternehmer, die Caféangestellten dem Zentralverband der Konditionen zuzuführen, wird mit Entrüstung zurückgewiesen und verpflichtet sich alle — insbesondere das Hilfspersonal — rechts im Verband der Gastwirtschaftlichen zu organisieren.

Des Weiteren wurde ein Antrag angenommen, der die Beteiligung der bürgerlichen Presse aus dem Arbeiterhaushalt for-

bert, da diese in einseitiger Weise allen Verleumdungen durch die Rassehausbesitzer Raum gewährt, ohne Richtigstellungen der Arbeitnehmer anzunehmen. In deren Stelle soll das Abonnement sozialistischer Blätter treten.

Streik bei der Hamburger Hoch- und Strassenbahn.

Am Mittwoch früh haben 7000 Angestellte der Hochbahn und 5000 der Strassenbahn wegen Lohnstreitigkeiten einen Ausstand begonnen. Der Verkehr ruht.

Groß-Berlin.

Die Stadtverordnetenwahlen und die bürgerlichen Parteien.

Unter den bürgerlichen Parteien ist ein lebhafter Kampf um die Stadtverordnetenmandate entbrannt. Die Vereinnahmung des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzerprivilegs bedeutet für den Berliner Kommunalstreik das Ende seiner langjährigen Herrschaft im Rathaus. Die Führer dieser Partei haben sich zu einem Wahlausschuss vereint, um die in erster Linie in Frage kommenden Kandidaten auszusuchen. Viele haben von vornherein wegen Ausschließlichkeit verzichtet, und wir werden viele bekannte Gesichter im Rathaus nicht wiedersehen. Bei dem Ausschließen und bei der Gruppierung sind Leute sehr weit hinten zu stehen gekommen, die manchem Freisinnslührer immer schon ein Dorn im Auge waren, wie beispielsweise Herr Dr. Rothmann und andere. Die Hauptsache ist, daß gewisse Leute dieser demokratischen Partei sich ihre Siege sichern. Verbittert schreibt die „Vossische Zeitung“:

„Man“ arbeitet in der neuen Zeit mit den alten Rezepten: Auswahl nicht nach Fähigkeit, sondern nach Bequemlichkeit, Dankbarkeit, Freundschaft und so mancherlei Tugenden, die im Privatleben rühmlich, in der Politik aber schädlich sind. Demokratie auf dem Markt, die Antonomie der Wölfe dabei. Die Rechnung war nicht ganz ungeschickt. Die Liste wird spät herausgebracht, bis zum Wahlschluß bleiben dem Wähler nur noch einige wenige Tage Zeit, etwas zu sagen. Ein Umsturz erreicht nicht möglich. Man weiß ja: Technische Schwierigkeiten usw. Und am 28. soll der Wähler wissen, wie er wählen soll.

Es wird angeregt, in aller Eile eine andere Liste aufzustellen. Ob das noch möglich ist, steht dahin.

Auch die Deutschnationale Partei wird sich an der Stadtverordnetenwahl beteiligen; sie hat bereits eine Liste aufgestellt. Damit wird die zukünftige Stadtverordnetenversammlung ein anderes Gesicht erhalten. Seit Jahrzehnten war die letztgenannte Partei im Rathaus unvertreten. Das Verhältniswahlrecht gibt ihnen auch eine Vertretung. Die Abhängigen haben in der Hauptfrage ihre bisherigen Stadtverordneten ebenfalls wieder aufgestellt mit geringen Ausnahmen, wie Kerstin. Die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nimmt stark Rücksicht auf die Vertretung der Frauen, sie enthält 16 Frauen als Kandidatinnen. Die ist die Liste, auf welche alle männlichen und weiblichen Wahlberechtigten am 23. Februar ihre Stimme vereinigen müssen. Die Liste beginnt mit dem Namen Dr. Wehl.

Die Zulagen für Schwerarbeiter beibehalten.

M. T. V. teilt mit: Die Schwer-, Schwerm- und Rüstungsarbeiterzulagen sind, wie bekannt, mit Wirkung vom 10. Februar d. J. aufgehoben. Hier und da haben sich bei Durchführung dieser Maßregel jedoch Schwierigkeiten ergeben. Um den daraus hervorgehenden Ungünstigkeiten Rechnung zu tragen, insbesondere um Ungleichmäßigkeiten in der Rationierung, die bei unkoordinierten Zuständen eintreten müßten, vorzubeugen, hat sich der Staatssekretär des Reichernährungsamtes mit einer Fristverlängerung bis zum 1. April für die Durchführung des Wegfalls der Zulagen in den Fällen für einverstanden erklärt, in denen sich die Durchführung bislang nicht hat erledigen lassen. Bis zum 1. April können aber die notwendigen Organisationsmaßnahmen überall getroffen sein, so daß nach dem 1. April Zulagen nirgends mehr gewährt werden dürfen.

Niedrige Kampfesweise des „Vorwärts“.

Die niedrige Kampfesweise des „Vorwärts“ ist selbst seinen eigenen Anhängern zu schmerzhaft, als daß sie sich mit ihr identifizieren müßten. Vor einigen Tagen brachte der „Vorwärts“ aus Romowes eine recht gehässige Karikatur verächtlicher Genossen unserer Partei. Jetzt muß der „Vorwärts“ eine Erklärung der Funktionäre seiner Partei aus Romowes veröffentlichen, in der die eigenen Parteigenossen weit von ihm abdrücken. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Notiz in Nr. 66 des „Vorwärts“ enthielt neben tatsächlichen Vorurteilen zum Teil völlige Unrichtigkeiten, zum Teil starke Übertreibungen. Die Unterzeichneten lehnen es mit Entschiedenheit ab, den politischen Kampf auf ein derartiges Niveau herabzudrücken, auch dann noch, wenn es von der Gegenseite geschieht. Wir sind bestrebt, den politischen Kampf in einer Form zu führen, welcher der Arbeiterschaft als Trägerin der Revolution würdig ist. Die Unterzeichneten bedauern die Verleumdung der Notiz und lehnen jede Verantwortung für Form und Inhalt derselben ab.“

V. Pankowski, E. Gomoll, V. Pöcher, V. Bickentosh, D. Comer, J. Zimmermann, J. Brand, V. Reichmann.

Dies muß der „Vorwärts“ sich beiseite lassen, daß er sich harter Übertreibungen, zum Teil völliger Unrichtigkeiten schuldig gemacht hat. Er brüde den Kampf auf ein tiefes Niveau herab, daß die eigenen Parteifreunde sich dessen schämen und ebenfalls vermeiden müssen. Ob die Aktion beim „Vorwärts“ helfen wird? Wir glauben es nicht, er kann nicht anders, als in der niedrigsten Weise zu verleumden, wenn es sich um Andersdenkende handelt.

Charakterprobe.

Daß wir die Verleumdung des „Vorwärts“ etwas scharf unter die Lupe genommen und die Richtigkeit derselben mit den berechtigten Kommunisten der Garde-Schützen-Kavallerie-Division gekennzeichnet haben, ist den Helfern der Kontrevolution in der Lindenstraße schwer auf die Herzen gefallen. In einem Artikel, der namensstolz „Charakterprobe“ überschrieben ist, werden wir deshalb der bewährten Lüge bezichtigt, weil in der „Freiheit“ stand, der „Vorwärts“ säube von Subalternen, Kommandanten und Kosaken, der „Vorwärts“ trete Arm in Arm mit solchen Offizieren in die Schranken, der „Vorwärts“ verächtliche die Unabhängigen der Sozialisten mit Schiebern.

Warum denn auf einmal so zimperlich, ihr Herren? Warum schämt Ihr Euch denn heute Eurer Taten, da Ihr sie doch morgen wieder von neuem verüben werdet! Wir stellen deshalb nochmals ausdrücklich fest: 1. Der „Vorwärts“ hat in seinen Verleumdungen vom Kosaken geredet; 2. Der „Vorwärts“ hat in seinen Epochen eine Tendenz bestreitet, die uns

berechtigter schreiben, er trete Arm in Arm mit solchen Offizieren (die ein Malbad herbeiwünschten) in die Schranken; 3. der „Vorwärts“ hat uns der Sympathie mit wilden Händlern und Schiebern bezichtigt. Wenn das jetzt nicht mehr wahr sein soll, dann lesen die Herren, die das bestreiten, ihre eigene Zeitung nicht, oder sie bauen auf das kurze Gedächtnis ihrer Delet. Das wäre allerdings eine Charakterprobe, die ganz übereinstimmt mit der Neigung, die einige Mitglieder der M. T. V. in Romowes dem „Vorwärts“ zusetzen werden lassen, worauf wir an anderer Stelle unseres Blattes zurückkommen.

Von Seiten der Kommandobehörden der Infanterie-Regimenter wird weiter versucht, die Schuld an den Vorgängen in der Rosenthaler Vorstadt von den eigenen Offizieren und Mannschaften abzuwälzen, indem behauptet wird, diese hätten erst Gebrauch von den Waffen gemacht, als sie von der Menge angegriffen und mißhandelt worden seien. Daß durch den Waffengebrauch Verwundungen entständen, heißt es in dieser famosen Berichterstattung, wisse jeder, der mit Waffen Bekanntschaft gemacht hat; durch Querschläger (Kugeln, die von den Häusern usw. zurückprallten) könnten solche Verwundungen leicht entstanden sein. Wir fragen: Ist das junge Mädchen in der Weinmeisterstraße durch einen Querschläger oder durch ein direktes Geschöß aus der Waffe des Mannes getötet worden? Wenn behauptet wird, es sei nur in die Luft geschossen worden, so ist das einfach un wahr, ebenso wie es un wahr ist, daß die Menge in der Weinmeisterstraße nur mit Waffengebrauch auseinandergeritten war. Man will sich reinwaschen, aber man kauft es nicht.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin wird mit Freitag, den 14. Februar, folgende Zweigstellen für ungelernete männliche Arbeiter und Landarbeiter eröffnen: Norden, Chausseestraße 64 (im Saale der Hochbrauerei); Nordosten, Landsberger Allee 11-13 (im kleinen Saal des Wilmischen Brauhauses); Osten, Ederstraße 16-17 (Turnhalle der 271. Gemeindefschule); Südwesten, Bergmannstraße 80-85 (Turnhalle der 10. Gemeindefschule). — Von Freitag, den 14. Februar ab haben sich die männlichen Erwerbslosen, die vom 15. Dezember 1918 ab in der Abteilung für ungelernete Arbeiter und in der Abteilung für Handels- und Transportarbeiter eingeschrieben sind, in den vorgenannten Zweigstellen des Arbeitsnachweises kontrollieren zu lassen. Die Kontrolle findet von 9-12 Uhr vormittags statt.

Wo gibt es Fahrberechtigungsbescheine? Die außerordentlich große Inanspruchnahme der Polizei, die neben den laufenden Arbeiten eine große Reihe anderer Arbeiten zu erledigen hat, verbunden mit einem außerordentlichen Mangel an Beamten für den Innendienst macht das Ausstellen der Fahrberechtigungsbescheine für den Berliner Polizeibureau unmöglich. Reisende, die sich zur Erlangung von Fahrberechtigungsbescheinen an ein Berliner Polizeibureau wenden, müßten abgemittelt werden. In den Vororten dagegen, z. B. Neufeld, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, werden die Fahrberechtigungsbescheine auch von den Polizeibureaus ausgestellt. Möglich in Berlin können die Fahrberechtigungsbescheine noch nicht vom Polizeibureau ausgestellt werden. Daher war auch der Andrang zur Fahrberechtigungsstelle Berlin, Potsdamer Bahnhof, im Laufe der letzten beiden Tage ungewöhnlich stark.

Weshalb niedrige Löhne mancher Unternehmer den Arbeitern zu Meien mag, erhebt aus folgender Tatsache. Die Amelangsche Buch- und Anbahnung in Charlottenburg hat einem verheirateten Manne, der vor dem Kriege einige Monate bei der Firma als Buchhändler beschäftigt war, einen Wochenlohn von 25 Mark, außerdem 20 Prozent Teuerungszulage, erhöhte dann großmütig den Wochenlohn auf 30 Mark, so daß ein wöchentliches Gehalt von 36 Mark, sage und schreibe 36 Mark herauskam. Was denkt sich der Inhaber der Buchhandlung eigentlich! Es gebt eine starke Portion Dreifigkeit dazu solche Löhne anzubieten. Nicht der Herr seinem anderen Personal auch solch glänzende Löhne?

Wie mit Handgranaten umgegangen wird. Am Sonnabendmorgen 9 Uhr passierte ein von Tegel kommender Zug Gesundbrunnen, welcher Regierungstruppen beförderte. Arbeiter, welche nach ihrer Arbeit (Dennisdorf) wollten, stellen fest, daß diese Truppen den Eindruck machten, stark betrunken zu sein. Unter Zurücklassung einer Stielhandgranate verließen diese Soldaten den Zug. Die Handgranate wurde im Interesse der allgemeinen Sicherheit von den Arbeitern in Verwahrung genommen und befindet sich beim Arbeiterausschuß Hüttenweg, Dennisdorf. Die Handgranate war im schiefen Zustand, zum Abwurf bereit.

Ein falscher Impfstoff in Neufeld sein Unwesen. Der Schwimmbad nützt die Vordereinstellungen, die dort in weiten Kreisen Beunruhigung hervorgerufen haben, zu seinem verderblichen Treiben aus. Er erscheint in Wohnungen, wenn er vorher feige gestellt hat, daß die Schwimmer nicht zu Hause sind, und stellt sich bei Frauen als Arzt vor. Er zeigt auch einen gelblichen, mit Stempel versehenen Anweisung vor und sagt, daß er von seiner Behörde beauftragt sei, die Frauen zur Verhütung gegen die Wassergrippe zu impfen. In einer ganzen Reihe von Fällen haben sich die ängstlichen Frauen auch von dem Schwimmbad impfen lassen und dafür auf seine Anforderung 5 Mark bezahlt. Die Neufelder Kriminalpolizei, bei der schon viele Anzeigen eingelaufen sind, wartet vor dem falschen Arzt. Es ist dies ein Mann vor etwa 30 bis 40 Jahren mit einem Schwurhahn.

Die Charlottenburger Spielaußgabe des Sprechers. 11 Uhr am 17. Februar 1919 nach Berliner Str. 189/140 vertort. Anmelbungen zur Teilnahme an der Spellung werden bis einschl. Sonnabend, den 23. Februar, in der Zeit von 10-8 Uhr in der Sprechers. 11 entgegengenommen, von dann ab Berliner Straße 189/140. Die Bedingungen für die Teilnahme an der allgemeinen Spellung in der Berliner Straße 189/140 sind die gleichen wie in den übrigen hiesigen Spellungstellen.

Arbeiter-Radfahrer-Klub „Solidarität“, Mitgliedchaft Berlin. Sonntag, den 16. Februar: Vereinstour nach Glienicke, Altermann. Start 1 Uhr an den bekannten Stellen. Radfahrer ab Berliner Vorortbahnhof 3 Uhr und 2.55 bis Hermannsdorf. — Freitag, den 28. Februar, abends 7 Uhr: Zentralfahrerprüfung, Holzmarktstr. 65, bei Edre ber. Das Erscheinen der Fahrer ist unbedingt notwendig, auch ersuchen die Funktionäre die unwilligenen Ortsleiter um Beteiligung.

J. A. Otto Danke!

Zentralfahrerwart, Neufeld, Lindenstraße 81.

Alterstagesturner Groß-Berlins. Am Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Wegener, Seidelstr. 20, eine Vertreterwahl aller Vereine resp. Abteilungen statt.

Sanitäts-Mannschaften und Militär-Krankenschwäger Groß-Berlins! Am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Vorkers Hof, Weberstraße 17, eine Versammlung aller noch im Heeresdienst befindlichen Sanitäts-Mannschaften und Militär-Krankenschwäger statt.

Ein Paar Handschuhe gefunden. Eine Genosin, die vor einigen Tagen unter Polizeiarrest aufsuchte, hat dabei ein Paar Handschuhe liegen lassen. Wir bitten sie, dieselben abzugeben.

